

Nicola Sturgeons Akte zu „Covid-Unternehmensmord“ an Staatsanwaltschaft weitergeleitet

Exklusiv: Nach zwei Jahren und neun Monaten Ermittlungen sind die Ermittler zu dem Schluss gekommen, dass genügend Beweise vorliegen, um eine Klage wegen Unternehmensmordes gegen die schottische Regierung zu unterstützen.

[Ben Borland](#) 15. Dezember 2025, 22:00 Uhr



Die ehemalige Erste Ministerin Nicola Sturgeon vor ihrem Haus in Glasgow (Bild: Ross Turpie)

Wie der Express exklusiv berichtet, hat die schottische Polizei einen Bericht über den Vorwurf der fahrlässigen Tötung durch die schottische Regierung während der [Covid-Pandemie](#) an die Staatsanwaltschaft weitergeleitet.

[Die Ermittler](#) untersuchen die Vorwürfe seit über zweieinhalb Jahren im Rahmen der „Operation Koper“, einer umfassenden Untersuchung potenziell vermeidbarer Todesfälle in Pflegeheimen

und anderen öffentlichen Einrichtungen. Sie haben nun die schottische Staatsanwaltschaft (Crown Office and Procurator Fiscal Service, COPFS) um Rat und Unterstützung hinsichtlich des weiteren Vorgehens in den Ermittlungen gebeten.

Die Anzeige wurde im März 2023 von den Gesundheitsaktivisten Lesley Roberts, Roger Livermore und Rab Wilson bei der Polizei erstattet. Sie werfen hochrangigen Ministern, darunter [Nicola Sturgeon](#) und [Jeane Freeman](#), vor, mit ihren Entscheidungen – insbesondere der berüchtigten Praxis, ungetestete und Covid-positive Patienten in Pflegeheime zu verlegen, um Krankenhausbetten freizumachen – fahrlässige Tötung im Sinne des Arbeitsschutzgesetzes begangen zu haben.

Seitdem wurde Frau Roberts fünfmal von Beamten befragt und hat umfangreiches schriftliches und aufgezeichnetes Beweismaterial vorgelegt. Die [ursprüngliche Beschwerde wurde ausgeweitet](#) und umfasst nun mehrere Aspekte der Pandemiepolitik.

Neben fahrlässiger Tötung durch Unternehmen prüfte die Polizei die Verwendung von Nichtwiederbelebungsanordnungen (DNA-CPR), den Entlassungsprozess aus Krankenhäusern, die Meldesysteme RIDDOR (Reporting of Injuries, Disease and Dangerous Occurrence Regulations) und DATIX (das NHS-System zur Meldung von Vorfällen), die Herabstufung von Gefahrenstufen, die Sterbebegleitung in Schottland sowie die in Pflegeeinrichtungen vorgeschriebene Schutzausrüstung. Wie der Express erfahren hat, wurden all diese Aspekte der Beschwerde von Kriminalbeamten des nationalen Covid-19-Todesermittlungsteams der schottischen Polizei untersucht. Ihre Ergebnisse wurden nun der Staatsanwaltschaft vorgelegt, die den Bericht mit Unterstützung eines unabhängigen Staatsanwalts prüfen wird.



Roger Livermore und Lesley Roberts auf der Polizeiwache Cowcaddens in Glasgow (Bild: zur Verfügung gestellt)

Im Gespräch mit dem Scottish Express äußerte sich Frau Roberts erfreut über den Fortschritt des Verfahrens. Sie sagte: „Wir haben zwei Jahre und neun Monate auf diesen Punkt gewartet, daher begrüße ich die Fortsetzung des Falls ausdrücklich.“

Ich bin jedoch weiterhin besorgt darüber, wer sich im Crown Office damit befassen wird. Ich möchte nicht, dass die fünf Jahre, die ich in die Vorbereitung investiert habe, am Ende abgelehnt werden.

Es würde mich nicht überraschen, wenn es so käme, aber ich wäre äußerst besorgt um die Zukunft unseres Landes, wenn der Fall so behandelt würde. Dieser Fall hat mein Leben komplett verändert; nichts ist mehr so, wie es vor meinen Recherchen war.“

Die Mühlen der Justiz mahlen langsam.

Frau Roberts war leitende Krankenschwester beim NHS Greater [Glasgow](#) and Clyde und gleichzeitig Gewerkschaftsvertreterin zu Beginn der Pandemie im Jahr 2020. Sie erlebte die verheerenden Auswirkungen auf das Gesundheitspersonal an vorderster Front hautnah mit.

Im November 2021 verlor sie zudem ihre Mutter Letitia in einer Familientragödie, die sie zwang, einige der Mängel in Pflegeeinrichtungen aus der Perspektive eines Familienmitglieds zu sehen. Frau Roberts hat seitdem eine separate Kampagne für Änderungen der Vorsorgevollmacht ins Leben gerufen, genannt „Lettys Gesetz“.

Herr Wilson – einer der drei ursprünglichen Kläger und ebenfalls ein Whistleblower des NHS – reagierte auf die Nachricht, dass die Polizei eine Akte an die Staatsanwaltschaft übergeben hatte. In einer E-Mail schrieb er: „Die Mühlen der Justiz mahlen langsam ... aber zumindest scheinen sie sich zu mahlen.“

Gemeinsam mit Herrn Livermore, einem der führenden Experten für Gesundheit und Sicherheit in Großbritannien, gründete er die Kampagnengruppe „Action for a Safe and Accountable People’s NHS“. Herr Livermore erklärte: „Die Staatsanwaltschaft ist eine ministerielle Regierungsbehörde. Ich würde mir wünschen, dass dieser Fall von einem völlig unabhängigen Sonderstaatsanwalt bearbeitet wird.“

Quellen im Crown Office gaben an, es sei gängige Praxis, dass Ermittlungen mit einem „politischen Element“ von Staatsanwälten ohne Beteiligung der Generalstaatsanwältin – Lord Advocate [Dorothy Bain](#) und Solicitor General Ruth Charteris – geführt würden.

Ein Sprecher sagte: „Die schottische Polizei hat eine Anfrage nach Beratung und Unterstützung beim Crown Office of Police Forces (COPFS) erhalten. Diese wird sorgfältig geprüft, gegebenenfalls unter Einbeziehung eines unabhängigen Staatsanwalts.“

Ein Sprecher der [schottischen Regierung](#) erklärte: „Jeder Todesfall in Pflegeheimen ist eine individuelle Tragödie, und unser Mitgefühl gilt allen Familien, die um den Verlust eines geliebten Menschen trauern. Da es sich um eine laufende Untersuchung handelt, die unabhängig von den Ministern durchgeführt wird, wäre es unangemessen, wenn die schottische Regierung weitere Kommentare abgeben würde.“